

Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

2019063/1

Dezernat: OB	aktuelles Gremium Stadtrat	Sitzung am: 11.04.2019 TOP: 2.5
Amt: Ratsbüro	öffentlich ja	Vorlagen-Nr.: 2019063/1
	Az.:	erstellt am: 18.03.2019

Betreff

Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Sachsen-Anhalt

Beratungsfolge

Nr.	Gremium	Ist-Termin	Ergebnis
1	11.04.2019: Stadtrat	11.04.2019	abgelehnt

Mitzeichnungspflicht

Person	Unterschrift	Datum
Ronald Maaß		

Beschlussentwurf

1.
Der Stadtrat befürwortet aktuelle Gesetzesinitiativen und Willensbekundungen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Sachsen-Anhalt.
2.
Der Stadtrat der Stadt Köthen/Anhalt fordert den Landtag sowie die Landesregierung Sachsen-Anhalt auf, dem Beispiel von Thüringen und Bayern zu folgen und die Straßenausbaubeiträge nach §§ 6, 6a KAG LSA abzuschaffen. Die den Kommunen entstehenden Einnahmeausfälle sind aufgrund des Konnexitätsprinzips finanziell aus dem Landeshaushalt zu kompensieren.
3.
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Landesregierung, den Landtag und den Städte- und Gemeindebund des Landes Sachsen-Anhalt über diesen gefassten Beschluss zu informieren.

Gesetzliche Grundlagen:

Darlegung des Sachverhalts / Begründung

Die Straßenausbaubeiträge sind in erhebliche Kritik geraten. Nach § 6 KAG LSA erheben die Gemeinden von den Beitragspflichtigen Straßenausbaubeiträge. Die Beitragsbelastungen für die betroffenen Grundstückseigentümer sind im Einzelfall sehr hoch und bringen viele Beitragspflichtige in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Die Erhebung selbst ist aufwendig und damit teuer. Der Unmut der Bürgerinnen und Bürger ist gewachsen und die Akzeptanz für diese Beiträge schwindet immer mehr. Durch die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Bayern und Thüringen haben sich in weiteren Bundesländern Bürgerinnen und Bürger sowie Parteien für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ausgesprochen. Die Fraktion DIE LINKE. hat bereits im November 2018 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und des Finanzausgleichgesetzes vorgelegt, welcher auf die rückwirkende Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zum 01.01.2019 und die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger abzielt. In der Koalition herrscht derzeit Uneinigkeit. Das laufende Gesetzgebungsverfahren muss zügig und erfolgreich abgeschlossen werden. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Kommunen brauchen Rechtssicherheit. Deshalb soll mit dieser Resolution eine deutliche Botschaft ausgesandt werden.



Antrag-Fraktion-DieLinke-Straßenausbaubeitraege.pdf



Anlage-2-Stellungnahme-Vw-Straßenausbaubeitraege.pdf